

KSTA 6.8.2008

Mehr Frauen, aber nicht in Führung

Gleichstellungsziel ist noch nicht erreicht

Frauenminister Armin Laschet setzt auf einen positiven Effekt durch den demografischen Wandel.

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN

Düsseldorf - „Frauen sind in der Landesverwaltung auf dem Vormarsch“, verkündete NRW-Frauenminister Armin Laschet (CDU) am Dienstag bei der Vorstellung des zweiten Berichts zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes. Obwohl die Zahl der Beschäftigten in den Ministerien und ihren nachgeordneten Behörden gesunken sei, habe sich der Frauenanteil um 1,5 Prozent gesteigert. In den leitenden Funktionen habe sich der Anteil der Frauen auf 26,5 Prozent erhöht. „Damit steht der Öffentliche Dienst besser da als die Wirtschaft“, sagte der Minister. Sein Bericht umfasst die Entwicklung von 2003 bis Oktober 2006.

Laschet räumte aber ein, das Gleichstellungsziel sei „noch nicht durchgängig in allen Bereichen und auf allen Ebenen erreicht“. Deshalb müsse die Gleichstellungspolitik

weitergehen. Das 1999 in Kraft getretene Landesgleichstellungsgesetz gilt für die gesamte Landesverwaltung und die Kommunen. Ziele des Gesetzes sind die Förderung von Frauen zum Abbau bestehender Benachteiligungen.

In der Landesverwaltung sind im mittleren Dienst inzwischen knapp zwei Drittel Frauen beschäftigt, im gehobenen Dienst beträgt der Frauenanteil rund 50 Prozent, berichtete Laschet. Auch im höheren Dienst habe es Fortschritte gegeben. Mit einer Steigerung um knapp drei Prozentpunkte auf 39,6 Prozent sei hier der stärkste Zuwachs an weiblichen Beschäftigten zu verzeichnen.

**Gesetzliche
Vorgaben
für die
Wirtschaft
lehnt
Laschet ab**

Laschet betonte, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei für Wirtschaft und Öffentliche Verwaltung dringend notwendig, um qualifizierte Frauen zu gewinnen. Gesetzliche Vorgaben für die Wirtschaft bei der Besetzung von Führungspositionen durch Frauen lehnt der Minister ab. Er setze darauf, dass in den Unternehmen aufgrund des demografischen Wandels die Einsicht wachse, mehr Frauen in Leitungspositionen zu bringen.

Bruttomonatsverdienste von Frauen in NRW um ein Fünftel niedriger!

MAAS RHEIN. Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer(innen) in NRW erzielten im vierten Quartal 2007 einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 3.157 Euro. Wie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik mitteilt, lagen die Verdienste vollzeitbeschäftigter Frauen (2.642 Euro) um rund 21 Prozent unter denen der Männer. Teilzeitbeschäftigte Frauen verdienten dagegen mit 1.418 Euro im Monat fast genauso viel wie ihre männlichen Kollegen (1.424 Euro).

Geringfügig beschäftigte Frauen erzielten mit 297 Euro sogar einen höheren Monatsverdienst als Männer (278 Euro).

Einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen sind in den dargestellten Ergebnissen nicht enthalten. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist nicht möglich, da die Erhebung ab 2007 auch leitende Kräfte umfasst und auf eine größere Zahl von Wirtschaftsbereichen ausgedehnt wurde.

Durchschnittliche Bruttoverdienste in Nordrhein-Westfalen im vierten Quartal 2007

Wirtschaftsbereich	Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte		geringfüg. Beschäft.	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
In Euro je Monat						
Produzierendes Gewerbe	2 602	3 354	1 539	1 703	308	305
Beitrag und Gewinnung von Steinen und Erden	3 273	3 308	1 978	1 875	303	324
Vorarbeitendes Gewerbe	2 570	3 400	1 556	1 733	307	298
Energie- und Wasserversorgung	3 321	4 078	1 938	2 356	254	329
Baugewerbe	2 568	2 847	1 204	?	317	334
Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung)	2 655	3 345	1 403	1 394	295	272
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	2 439	3 198	1 267	1 081	313	286
Gastgewerbe	1 743	2 087	997	986	286	274
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2 575	2 842	1 417	1 635	303	287
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 709	4 358	1 730	2 086	323	287
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Erbringung von wirtschaftl. Dienstleistungen	2 712	3 468	1 191	1 290	272	247
Erziehung und Unterricht	2 896	3 341	1 530	1 360	251	260
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 697	3 777	1 541	1 761	312	282
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	2 618	3 436	1 423	1 569	291	298
Insgesamt	2 642	3 350	1 418	1 424	297	278

MRZ. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, war 2006 in Deutschland jede zehnte Frau (9,9 Prozent) zwischen 25 und 54 Jahren aufgrund familiärer Verpflichtun-

Pflegebedürftigkeit eines Familienangehörigen.

Die Quote der Frauen, die aus familiären Gründen dem Arbeitsmarkt fern bleiben, variiert innerhalb der Europäi-

Prozent den höchsten Anteil. Auch in Irland (23,1 Prozent) und Luxemburg (21,7 Prozent) stand mehr als jede fünfte Frau dem Arbeitsmarkt aus familiären Gründen nicht zur Verfügung. Diese Daten veröffentlichte Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, auf Basis der von den nationalen Statistikämtern nach dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO) ermittelten Daten. Dieses ermöglicht internationale Vergleiche von Arbeitsmärkten.

Jede zehnte Frau zwischen 25 und 54 bleibt wegen Familie zu Hause

gen nicht erwerbsaktiv war also weder erwerbstätig noch erwerbslos. Zu den familiären Verpflichtungen zählen unter anderem Schwangerschaft, Kinderbetreuung sowie die

schen Union stark. Während das Vereinigte Königreich (1,9 Prozent), Schweden (2,1 Prozent) und Dänemark (2,3 Prozent) sehr niedrige Quoten verzeichneten, erreichte Malta mit 45,9

Hamburg

Integrationspolitische Debatte um „Ehrenmord“ spitzt sich zu

zwd Hamburg (tag). Nach dem „Ehrenmord“ an der Afghanin Morsal O. hat die integrationspolitische Debatte in Hamburg an Schärfe zugenommen. In einer Aktuellen Stunde der Hamburger Bürgerschaft am 29. Mai gab die SPD-Sozialsenatorin Dietrich Wersich (CDU) eine politische Mitschuld am Tod des Mädchens.

Nach den Worten von Carola Veit, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, hat Wersich bereits vor seiner Wahl zum Sozialsenator als Stadtrat die Verantwortung für die Behörde getragen. „Im Fall dieses Mädchens wurde eben nicht alles getan, sie vor Gewalt zu schützen“, kritisierte Veit. Jugend-

tion Informationen vom Hamburger Senat, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Tötung von Morsal O. stehen. Zu den Hintergründen des Gewaltdeliktens wollen die SPD-Abgeordneten Veit, Thomas Böwer, Bülent Ciftlik und Andreas Dressel in einer Kleinen Anfrage vom 20. Mai (Drs. 19/385) wissen, welche Beratungs- und Hilfsangebote für die Afghanin existierten und welche sie genutzt hat. Zudem interessieren sie sich dafür, was die Behörden – insbesondere das Jugendamt – unternommen hatten, um das Mädchen zu unterstützen und zu schützen.

GAL-Bürgerschaftsfraktion: „Senat hat richtig gehandelt“

Die Sprecherin der GAL-Bürgerschaftsfraktion für Frauen- und Integrationspolitik, Nebahat Güçlü, vertritt die Auffassung, dass der Senat schnell reagiert habe. Immer von der Annahme einer potenziell lebensbedrohenden Gefährdung für Mädchen und Frauen bei gewalttätig ausgetragenen Familienkonflikten auszugehen („worst-case“-Szenario), sei der lange notwendige Perspektivenwechsel. Für die Zukunft erwartet sie, dass nicht nur die Elternarbeit sondern im nächsten Schritt auch die Jungenarbeit deutlich verbessert wird. „Intensive Aufklärungsarbeit im Vorfeld kann helfen, damit aus Brüdern, Vätern, Partnern oder (Ehe-)Männern keine Täter werden“, so Güçlü.



hilfe, Schule, Jugendnotdienst und Polizei seien informiert gewesen, aber geholfen habe dem Mädchen am Ende niemand, monierte die Sozialdemokratin. Morsal O. war in der Nacht vom 15. auf den 16. Mai von ihrem eigenen Bruder getötet worden. Dieser habe den westlichen Lebensstil seiner Schwester verachtet, gab die Polizei als ein mögliches Tatmotiv für den „Ehrenmord“ an.

In insgesamt sechs aktuellen Kleinen Anfragen fordert die SPD-Frak-

Goetsch und Wersich kündigten Maßnahmen an

Sozialsenator Wersich und Schulse-natorin Christa Goetsch (GAL) hatten nach der Tat erste Schlussfolgerungen aus dem Mord an Morsal O. gezogen. Für die Gefährdung speziell von Mädchen und Frauen in derartig gewalttätigen und traditionell-patriarchal-religiös geprägten Familienkonflikten müssten die beteiligten

Reform des Versorgungsausgleichs Zypries: „Eigene Alterssicherung für nicht erwerbstätige Mütter“

zwd Berlin (tag). Das Bundeskabinett hat am 21. Mai das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs beschlossen. Künftig sollen nach einer Scheidung alle während der Ehe erworbenen Rentenansprüche aus der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Altersvorsorge sowie der Beamtenversorgung gleichmäßig auf beide Ehegatten verteilt werden.

Die jeweils erworbenen Rentenansprüche werden nach dem „Prinzip der internen Teilung“ auf die Eheleute verteilt, erklärte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD). Als Beispiel für eine „interne Teilung“ nannte sie den Fall eines Ehemannes, der während der Ehe einen Anspruch auf eine Betriebsrente in Höhe von 30.000 Euro erworben hat. Zugunsten der Ehefrau werde das Familiengericht künftig bei demselben Renten-Anbieter einen Anspruch auf eine Betriebsrente im Wert von 15.000 Euro veranlassen. Bislang konnten betriebliche und private Versicherungen bei der Scheidung häufig nicht oder nur bis zu einer bestimmten Höhe ausgeglichen werden.

Bei langjährigen Ehen werden laut Zypries insbesondere Frauen von der Reform profitieren, die im Interesse der Familie ganz oder teilweise ihre Erwerbsarbeit zurückgestellt haben: „Sie erhalten eine eigenständige Alterssicherung.“

Das in der Reform verankerte neue Prinzip der „externen Teilung“ soll nur in Ausnahmefällen gelten: Wenn etwa die ausgleichsberechtigte Ehegattin zustimmt, kann der Anbieter der Rentenversicherung des ausgleichspflichtigen Ehegatten ihr den zustehenden Betrag auszahlen. Diese Summe muss sie dann für eine Altersvorsorge bei einem anderen Renten-Anbieter verwenden.



Bundesjustizministerin
Brigitte Zypries (SPD)

Der deutsche Juristinnenbund (djb) begrüßte den im Gesetzentwurf enthaltenen Gedanken der internen Teilung innerhalb des Versorgungssystems. Er gewährleiste eine gerechtere Teilhabe an dem in der Ehe erworbenen Vorsorgevermögen als das bisherige System. Allerdings zeigte sich djb-Vorstandsmitglied Angelika Nake skeptisch gegenüber den Regelungen der Verwaltungskosten. Es sei nicht gerecht, den Eheleuten die bei der Teilung der Rentenansprüche anfallenden Kosten in Abhängigkeit eines Prozentsatzes der angesparten Altersvorsorge aufzubürden. „Insbesondere kurz vor der Rente stehende ältere EhegattInnen, die bereits einen erheblichen Teil ihrer Altersvorsorge angespart haben, könnten so über Gebühr zur Kasse gebeten werden.“

Kein Versorgungsausgleich bei kurzer Ehe

Nake bedauerte zudem, dass der Versorgungsausgleich bei einer Ehe bis zu zwei Jahren ohne Einschränkung ausgeschlossen sein soll. „Auch innerhalb von zwei Jahren können hohe Rentenanwartschaften durch Beitragszahlungen entstehen.“ Für diejenigen EhegattInnen, die ihren Beruf schon vor der Eheschließung aufgegeben haben, würde sich in diesem Fall die fehlende Teilung der Versorgungsansprüche nachteilig auf die Altersvorsorge auswirken, so Nake.

Der Gesetzentwurf zum Download unter: www.zwd.info → Dokumente

BMFSFJ-Studie „Gesundheit – Gewalt – Migration“

Ärzterschaft für Anzeichen von Gewalt sensibilisieren

zwd Berlin (jvo). Den Folgen von Gewalt muss im Rahmen der Gesundheitsversorgung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dieses Fazit zieht das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Universität Bielefeld aus seiner Studie zur gesundheitlichen Situation von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund.

„Gesundheitsprävention ist ohne Gewaltprävention nicht denkbar,“ kommentierte IFF-Projektleiterin Monika Schröttle die Ergebnisse der Studie „Gesundheit – Gewalt – Migration“, die im Auftrag des Bundesfrauenministeriums erarbeitet und im April veröffentlicht wurde. Andersherum benötige Gewaltprävention den Gesundheitssektor, da ÄrztInnen innerhalb des Hilfesystems häufig als erste auf Verletzungen infolge von Gewalt aufmerksam werden.

Laut IFF-Studie werden türkische Frauen, aber auch Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion häufiger als Frauen deutscher Herkunft von ÄrztInnen nach den Ursachen von körperlichen Verletzungen gefragt. Dieses Ergebnis wertet Schröttle als ein Indiz dafür, dass beim medizinischen Personal, je nach ethnischer und sozialer Herkunft der Patientin, unterschiedlich stark ausgeprägte Hemmschwellen bestehen, einen Zusammenhang von

Gewalt und Verletzungsfolgen zu vermuten oder zu erfragen. Dieser Aspekt sollte in der weiteren Forschung zur medizinischen Behandlung gewaltbetroffener Frauen und Kinder stärker Berücksichtigung finden. Denn er verweise zugleich auf eine unzureichende Wahrnehmung von Gewalt gegen Frauen deutscher Herkunft und aus höheren Bildungs- und sozialen Schichten, betonte Schröttle.

Frauen türkischer Herkunft leiden der Studie zufolge vermehrt sowohl unter körperlichen als auch unter psychischen Erkrankungen. Die Defizite in der Gesundheit der Migrantinnen sind nach den Erkenntnissen der Autorinnen jedoch nicht unmittelbar auf generell höhere Gewaltbelastungen zurückzuführen. Ursächlich seien vielmehr komplexe soziale Problemkonstellationen, die eng mit sozialer Isolation, eingeschränkten Bildungsmöglichkeiten sowie gesellschaftlicher Diskriminierung verbunden sind.

Die Studie zum Download unter www.gesundheit.zwd.info → Dokumente

Menschenrechte weltweit Sexuelle Gewalt selten unter Strafe gestellt

zwd Berlin (tag). In vielen Regionen der Welt müssen Täter, die Frauen sexuelle Gewalt zufügen, nicht mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Die Generalsekretärin von amnesty international (ai) Deutschland, Barbara Lochbihler, zog bei der Vorstellung des ai-Jahresberichts 2008 vom 28. Mai eine zwiespältige Bilanz zum 60. Geburtstag der Allgemeinen Menschenrechtserklärung in diesem Jahr. Der Geburtstag stehe für eine beachtliche Erfolgsgeschichte der Vereinten Nationen (UN), aber auch für die Ver-



Foto: amnesty international

pflchtigungen von Regierungen, sich stärker als bisher für die Menschenrechte einzusetzen, betonte Lochbihler. Wie aus dem ai-Bericht hervorgeht, haben beispielsweise Frauen indianischer Herkunft und Inuitfrauen aus Alaska, die in den USA im Jahr 2007 überdurchschnittlich von Vergewaltigungen und sexuellem Missbrauch betroffen waren, kaum Möglichkeiten, zu ihrem Recht zu gelangen. Als Grund hierfür werden komplizierte Regelungen gerichtlicher Zuständigkeiten auf Stammesebene, oder bundesstaatlicher und nationaler Ebene genannt. Auch Vergewaltigungen in Ländern wie Ägypten und in der Krisenregion Darfur belegen die noch immer weit verbreitete Missachtung der Rechte und Würde von Frauen.

Österreichische Krankenhäuser im Kampf gegen Gewalt

GESUNDHEITLICHE FOLGEN VON



In einem gemeinsamen Projekt des Grazer Frauengesundheitszentrums und der steiermärkischen Krankenhäuser werden ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen, Hebammen und SozialarbeiterInnen geschult, damit sie Verletzungen infolge von Gewalt schneller erkennen und den betroffenen Frauen besser helfen können. ÄrztInnen und Krankenhäuser seien für viele von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen die erste Anlaufstelle, so die Leiterin des Projekts „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“. In Österreich suchten 75 Prozent der Mädchen und Frauen Hilfe bei niedergelassenen ÄrztInnen und in Krankenhäusern. Das Konzept stammt aus Niederösterreich. Dort wurden seit 2000 über tausend MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens für die gesundheitlichen Folgen von Gewalterfahrungen sensibilisiert. Die Diagnosestellung wie auch die gerichtsverwertbare Dokumentation der Misshandlungen gehörten zum Teil der Fortbildung. Im Internet: www.fgz.co.at

Interview mit Prof. Jutta Allmendinger

„Frühe Verantwortungsübernahme führt bei jungen Frauen zu hohen Sozialkompetenzen“

zwd Berlin (tag). Die jungen Frauen in Deutschland besitzen ein neues Selbstbewusstsein, lautet ein Ergebnis der aktuellen Brigitte-Studie 2008. Welche Ausprägungen es hat und warum ein „deutsches Männerproblem“ vorliegt, erläuterte die Leiterin der Studie, Prof. Jutta Allmendinger, im Gespräch mit dem zwd.

zwd: Frau Allmendinger, wie lässt sich das neue Selbstbewusstsein der jungen Frauen beschreiben?

Allmendinger: Die jungen Frauen von heute wollen auf eigenen Beinen stehen – und wissen, dass sie es müssen. Damit wird eine ganz neue Form des Selbstbewusstseins sichtbar, die wenig mit einer bestimmten Charaktereigenschaft zu tun hat, sondern als Ausdruck der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen begriffen werden muss.

zwd: Wie unterscheidet sich das Bildungsniveau der untersuchten Altersgruppen im Hinblick auf das Geschlecht?

Allmendinger: Betrachten wir die Frauen und Männer zusammen, lautet meine Diagnose zur ge-

genwärtigen Bildungsgesellschaft in Deutschland: Nach 1995 hat es keine Bildungsexpansion, sondern eine Bildungsstagnation gegeben.



Prof. Jutta Allmendinger

Foto: David Auserhofer

Das ist angesichts der Notwendigkeit, mehr für die Bildung zu tun, mehr als unbefriedigend. Unterscheiden wir nun nach Geschlecht, zeigt sich eine Bildungsimplosion – also ein rasant abnehmendes Bildungsniveau – bei Männern und eine Bildungsexpansion bei Frauen. Diese Beobachtung trifft sowohl bei den Zertifikaten, den

kognitiven als auch bei den sozialen Kompetenzen zu. Bei den Zertifikaten, also beispielsweise bei der Frage, wie viele Männer und wie viele Frauen keinen Hauptschulabschluss haben, ist der Geschlechterunterschied extrem. Bei den kognitiven Kompetenzen wandern deutsche Frauen in Richtung des „PISA-Gewinners“ Finnland, die deutschen Männer hingegen in Richtung des „PISA-Verlierers“ Mexiko. Wenn wir uns die sozialen Kompetenzen anschauen, dann sieht man auch hier, dass die Mädchen einen großen Vorsprung vor den Jungen haben.

zwd: Bestehen Abhängigkeiten zwischen dem Bildungsniveau der Befragten und deren Eltern?

Allmendinger: Verglichen mit der Elterngeneration haben Frauen wesentlich höhere Bildungsgewinne als Männer vorzuweisen. Das gilt sowohl für Zertifikate als auch für kognitive Kompetenzen. Der Grad der erreichten Abschlüsse ist allerdings herkunftsabhängig. Beispielsweise haben Frauen aus bildungsnahen Elternhäusern wesentlich bessere Chancen Abitur zu machen als diejenigen aus bildungsfernen Elternhäusern. Sicherlich spielt hierbei die soziale Bildungsvererbung eine wichtige Rolle.

Ein völlig unerwartetes und zugleich erstaunliches Ergebnis zeichnet sich allerdings bei den sozialen Kompetenzen ab. Die meisten sozialen Kompetenzen junger Frauen sind vom eigenen Bildungsstand und vom Bildungsstand des Elternhauses unabhängig. Deshalb sollte man viele Ein-

Prof. Jutta Allmendinger (*1956, Mannheim)

Seit 2007 ist Jutta Allmendinger Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZL). Sie studierte Soziologie und Sozialpsychologie in Mannheim und promovierte an der Universität Mannheim. Allmendinger war am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und an der Harvard Business School tätig und habilitierte sich 1993 an der Freien Universität Berlin.



stiegsqualifikationen für bestimmte Berufsbilder, zum Beispiel für Pflegeberufe, hinterfragen. Hauptschülerinnen verfügen genauso wie Mittelschülerinnen und Gymnasiastinnen über die für diesen Beruf nötigen Kompetenzen. Dazu gehören Verantwortungsgefühl, Zuverlässigkeit, Hilfsbereitschaft und psychische Belastbarkeit.

Bei den jungen Männern ergibt sich ein komplett anderes Bild. Deren Sozialkompetenzen sind sowohl von ihrem Bildungsstand als auch vom Bildungsstand der Eltern abhängig. Niedrige Zertifikate bedeuten also niedrige Sozialkompetenzen, umgekehrt sind hohe Bildungsabschlüsse mit hohen Sozialkompetenzen verbunden.

zwd: Sehen die Geschlechterunterschiede im europäischen und internationalen Vergleich ähnlich aus?

Allmendinger: In Ländern, wo Kinder wesentlich früher im Kinder-

praktiziert wird. In Skandinavien werden Jungen fast genauso wie Mädchen bei den alltäglich anfallenden Aufgaben im Haushalt einbezogen, wie Bügeln und Wäsche waschen.

Die Daten für Deutschland zeigen hingegen, dass Mädchen viel früher als die Jungen selbstständig solche Aufgaben übernehmen müssen. Das heißt, den Mädchen wird von den Eltern relativ früh Verantwortung übertragen. Was die Ausbildung von sozialen Kompetenzen anbetrifft, führt etwa die unterschiedliche Aufgabenzuweisung an Jungen und Mädchen innerhalb von Familien zu einem unterschiedlichen Pflichtbewusstsein von Jungen und Mädchen.

Diese Entwicklungen mache ich mit dafür verantwortlich, dass Jungen wesentlich weniger gut mit der Umstellung vom Einverdienermodell auf ein Anderthalb- bis Zwei-

zwd: Kommen wir zu den Themen Berufstätigkeit, Wunschberuf und Nettoeinkommen. Sind junge Frauen mit ihrem Beruf zufrieden?

Allmendinger: Zwischen dem tatsächlich ausgeübten Beruf und dem Wunschberuf klafft eine Lücke. Sehr viele der von uns befragten 27- bis 29-jährigen Frauen sind im Büro und im Verkauf tätig. Die Wunschberufe sind dagegen breiter gestreut. Frauen würden also gerne in einer breiteren Palette von Berufen arbeiten, als sie

es tatsächlich tun. Bei der Frage, ob ihnen die Tätigkeit Spaß macht, stimmen allerdings rund 90 Prozent von ihnen zu. Obwohl es noch immer Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern gibt, hat die Erwerbsarbeit für die jüngeren Frauen einen hohen Wert.

„Die junge weibliche Generation ist sich ihrer Diskriminierung gegenüber Männern sehr wohl bewusst.“

Interessant ist, dass den jungen Frauen der Dreiklang von Beruf, Partnerschaft und Kinder wichtig ist. Allerdings sind nur 64 Prozent mit ihrem Beruf zufrieden, während die Zufriedenheit mit der Partnerschaft und den Kindern über 80 Prozent beträgt. Diese vergleichsweise geringe berufliche Zufriedenheit zeigt: die Frauen können und

wollen mehr als von ihnen gefordert wird.

zwd: Würden Sie jungen Frauen empfehlen, entgegen ihrer häufig geistes- und sprachwissenschaftlichen Interessen stärker in die gewerblich-technischen

Fortsetzung auf Seite 16

	Wichtigkeit		Zufriedenheit*	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Beruf	74%	78%	64%	65%
Eigene Familie mit Kindern	68%	51%	84%	87%
Feste Beziehung	77%	68%	85%	85%

Quelle: Studie „Frauen auf dem Sprung“ 2008

Prozente der Nennungen (trifft zu – zwei oberste Kategorien)
* bezogen auf alle Frauen und Männer mit Partner bzw. Kindern bzw. Beruf

garten oder in der Vorschule außerhalb häusliche Bildung und Betreuung erfahren, fällt der Geschlechterunterschied oder das „deutsche Männerproblem“, wie ich es mittlerweile bezeichne, geringer aus. Die Geschlechterunterschiede verringern sich in den Ländern noch weiter, in denen eine Gleichstellung von Jungen und Mädchen

verdienermodell zurechtgekommen sind. Diese Umstellung ist ja in Deutschland nicht mit einer Umstellung der Schulen und der außerhalb häuslichen Betreuungsinfrastruktur einhergegangen wie in anderen Ländern. Noch immer ist die Halbtagschule der Regelfall. Das sehe ich als deutsches Problem an.

18

Fortsetzung von Seite 15

und ingenieurwissenschaftlichen Karriereberufe umzusatteln?

Allmendinger: Der Blick auf die Statistik zeigt, dass GeisteswissenschaftlerInnen nach Abschluss des Studiums länger als beispielsweise Ingenieure nach dem ersten Job suchen müssen, etwa 18 bis 24 Monate. Danach zeigen sich aber bei der Berufseinmündung zwischen den sozial- und geisteswissenschaftlichen

Fächern und anderen Fächern keine Unterschiede mehr. Außerdem sind die Berufswahlmöglichkeiten bei SozialwissenschaftlerInnen, aber auch bei vielen anderen GeisteswissenschaftlerInnen, viel breiter gestreut: Damit sage ich nicht, dass nicht mehr Frauen für Ingenieurwissenschaften zu interessieren wären. Ich will aber zum Ausdruck bringen, dass die genannten Unterschiede in keiner Weise dafür sprechen, dass Frauen nicht auch in geisteswissenschaftlichen Fächern, in dem großen Feld der wissensbasierten Dienstleistungen Spitzenpositionen und Karrierewege erreichen. Ich rate Frauen, sich genau darin ausbilden zu lassen, worin sie ihre Interessen sehen.

zwd: Stichwort Macht und Einfluss: Wie beurteilen die jungen Frauen und Männer die Verteilung von Macht? Welche Einflussgrößen spielen hierbei eine besondere Rolle?

Allmendinger: Unsere Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Macht sowohl für Frauen als auch für Männer männlich besetzt ist. Allerdings sprechen Frauen Män-

nern weniger Macht zu als Männer das tun. Generell gehen beide Geschlechter von einer ungerechten Verteilung von Macht und Einfluss aus. Wir haben die jungen Frauen und Männer auch gefragt, wo sie sich in Zukunft bei Macht und Einfluss selbst verorten würden. Frauen wie Männer rechnen persönlich mit einer Zunahme von Macht – auch gegenüber den eigenen Eltern – und verorten sich

„In der Selbsteinschätzung der weiblichen und männlichen Befragten haben traditionelle Geschlechterbilder keinen Platz.“

in einer mittleren Machtsphäre. Das stimmt mich hoffnungsvoll, denn die Befragten sind hinsichtlich ihres erwarteten eigenen Machtzuwachses viel optimistischer, als sie die Gesellschaft und den gesellschaftlichen Aufbau wahrnehmen.

zwd: Wie sieht es mit dem Verantwortungsdenken bei Männern und Frauen aus?

Allmendinger: Frauen übernehmen mehr gesellschaftliche Verantwortung als Männer. Darin waren sich unsere weiblichen und männlichen Befragten einig. Bei Hintergrundgesprächen und im Spiegel anderer Fragen wurde deutlich, dass Frauen mit Macht etwas verbinden, was man anderen wegnimmt, während sie bei Verantwortung eine andere Begrifflichkeit haben: für die Gesellschaft, für Personen etwas tun.

zwd: Müssen Männer angesichts des neuen Selbstbewusstseins und der veränderten Lebensentwürfe von jungen Frauen ihre Einstellung ändern?

Allmendinger: Das, was Frauen über Männer denken und umgekehrt, spiegelt noch viele Stereo-

type wider, die in unserer Gesellschaft vorherrschen. In der Selbsteinschätzung der männlichen und weiblichen Befragten haben die traditionellen Geschlechterbilder hingegen keinen Platz. Wenn ich nun die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen addiere, nämlich die bessere Ausbildung von Frauen, das größere, über die Generationen der erwerbstätigen Mütter und Großmütter gewachsene Selbstbewusstsein der jungen Frauen, wenn ich mir den demografischen Wandel anschau, und wenn ich mir die Untätigkeit im Bildungsbereich anschau, dann läuft es darauf hinaus, dass zunehmend mehr Führungspositionen von Frauen übernommen werden müssen. Darauf müssen sich Männer einstellen.

zwd: Welche Empfehlungen würden Sie angesichts dieser Ergebnisse Ihrer Studie an die Politik richten?

Allmendinger: Ich sehe in der Politik die Problematik der jungen Männer noch nicht bearbeitet. Die frühkindliche Erziehung erfolgt weitgehend geschlechtsneutral. Am deutschen Bildungssystem muss sich definitiv etwas ändern. In der Schule müsste beispiels-

weise die Trennung der SchülerInnen zu einem wesentlich späteren Alter stattfinden. Wir können

nicht die Gymnasialzeit durch eine Komprimierung der Lehrpläne verkürzen und dabei in Kauf nehmen, dass Fächer, die auch von Jungen gebraucht werden, einfach wegfallen. Daneben muss etwas gegen das rasant sinkende Bildungsniveau von Menschen mit Migrationshintergrund unternommen werden. ■

Das Interview führte Dr. Tanja Anette Gloatz

Lebensentwürfe in West- und Ostdeutschland

Kinderbetreuungsangebote hinken „massivem Einstellungswandel“ der Frauen hinterher

zwd Berlin (tag). In Ost und West sind Frauen gleichermaßen gut ausgebildet. Neben diesen und anderen Übereinstimmungen gehen aus den Ergebnissen der Brigitte-Studie „Frauen auf dem Sprung“ indes auch viele Unterschiede zwischen den beruflichen und privaten Lebenseinstellungen ost- und westdeutscher Frauen hervor.

Der Blick auf die Einstellungen zu Familie, Kinder, Partnerschaften und Erwerbstätigkeit zeigt, dass ostdeutschen Frauen diese Lebensbereiche mehr bedeuten als westdeutschen Frauen. Augenfällig wird diese Fest-

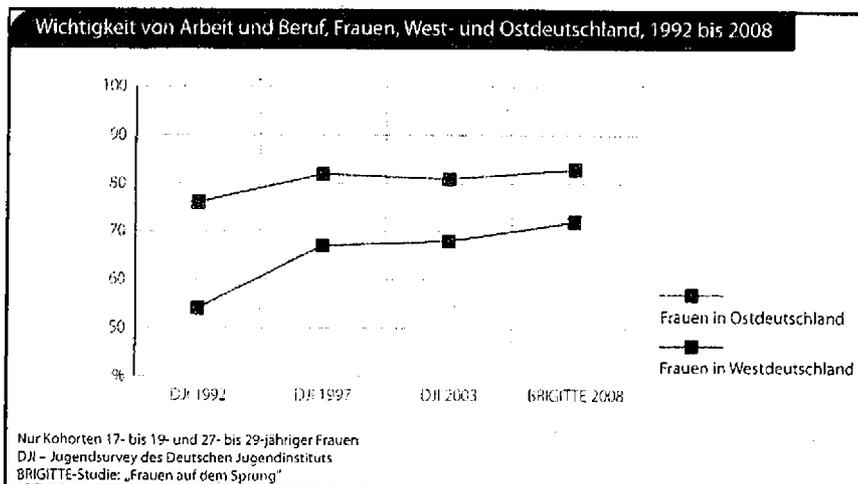
pektive kaum zu Hause, sondern nahezu ausschließlich im Beruf sehen: „Nach einer Geburt wollen sie viel schneller an den Arbeitsplatz zurückkehren und akzeptieren für ihre Kinder eher eine außerhäusliche Betreu-

tion“ sowie „erfahrener und gelebter Normalität“ in Ostdeutschland. Die ostdeutschen Frauen seien von Müttern erzogen worden, die in Vollzeit erwerbstätig waren – „Am Morgen waren sie in der Kinderkrippe und im Kindergarten, am späten Nachmittag dann wieder daheim.“

Bedeutung des Berufes seit 1992 gewachsen

Wird die Wichtigkeit des Berufes über einen längeren Zeitraum betrachtet – von 1992 bis 2008 – so lässt sich für beide Landesteile eine Bedeutungszunahme der beruflichen Karriere ablesen. Der ursprüngliche Ost-West-Unterschied bei der Einstellung zur Bedeutung des Berufes ist von 22 auf 11 Prozent geschrumpft. Die Studie erkennt an, dass sich die westdeutschen Frauen ohne entsprechende Sozialisationserfahrungen und ohne eine angemessene Infrastruktur an Kinderbetreuungseinrichtungen den ostdeutschen annähern hätten. Für ganz Deutschland sieht die Studie einen enormen politischen Handlungsbedarf beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, der dem „massiven Einstellungswandel“ der Frauen hinterherhinke.

Soziale Ungleichheit nehmen die weiblichen Befragten in Ostdeutschland stärker wahr als diejenigen in den alten Bundesländern. Nur 18 Prozent der ostdeutschen Frauen halten ihren Arbeitsplatz für sicher, im Westen sind es dagegen 32 Prozent. Eine höhere Arbeitslosigkeit im Osten wird als einer der Gründe für die pessimistischere Einschätzung der ostdeutschen Frauen genannt. Die größere Verunsicherung über die eigene Arbeitsmarktsituation führe zu einer stärkeren Wahrnehmung sozialer Unterschiede. Über ein Drittel der weiblichen Ostdeutschen bewertet die Gesellschaft als „völlig ungerecht“, bei den westdeutschen Frauen sind es dagegen nur 20 Prozent.



stellung bei der Wichtigkeit von eigener Familie und Kindern: Im Osten halten 75 Prozent der weiblichen Befragten ein eigenes Familienleben für sehr wichtig oder wichtig, im Westen sind es dagegen 66 Prozent. Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Frage, ob zu einer guten Beziehung auch Kinder gehören. 53 Prozent der ostdeutschen Frauen stimmen dem zu, während dies bei den westdeutschen Frauen nur 34 Prozent tun.

Eine eigene Familie zu haben, bedeutet im Osten allerdings nicht, zu Hause zu bleiben. Studienleiterin Prof. Jutta Allmendinger sowie ihre Mitarbeiterinnen Christine Puschmann und Marcel Helbig betonen, dass weibliche Ostdeutsche ihre Zukunftspers-

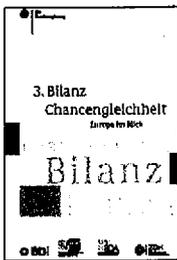
pektive deutlich die mangelnde Rücksichtnahme der Betriebe auf die Wünsche von Eltern.

Vereinbarkeit wurde in Ostdeutschland vorgelebt

Ostdeutschen Frauen wird auch ein anderes Frauenbild bescheinigt als ihren Geschlechtsgenossinnen in den westdeutschen Bundesländern. Dieses sei von einer größeren Risikobereitschaft geprägt, und von der Auffassung, dass weibliche Berufstätige selbstbewusster aufträten als Hausfrauen. Das größere Selbstbewusstsein der jungen weiblichen Ostdeutschen und ihre höhere Gewichtung der Berufs- und Familiewünsche erklären die ForscherInnen mit „Tradi-

Dritte Bilanz zur Förderung der Chancengleichheit Das Prinzip der Freiwilligkeit – ein „glatter Misserfolg“

zwd Berlin (Jvo). Die Bundesregierung und die Spitzenverbände der Wirtschaft sind sich einig, dass auch weiterhin kein Gesetz zur Geschlechtergleichstellung in der Privatwirtschaft erforderlich ist. So lautet die 3. Bilanz ihrer freiwilligen Vereinbarung zur Chancengleichheit, die am 13. Juni veröffentlicht wurde. Der Deutsche Juristinnenbund bewertete das Ergebnis der Vereinbarung als einen „glatten Misserfolg“.



Den größten Fortschritt sieht Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mehr als 95 Prozent aller Unternehmen böten

ihren Beschäftigten familienfreundliche Maßnahmen an – Tendenz steigend.

In den Zahlen der Bilanz schlägt sich das Engagement der ArbeitgeberInnen nicht nieder. Beim Anteil der Mütter unter den weiblichen Führungskräften fällt Deutschland mit 43 Prozent hinter alle anderen EU-Mitgliedstaaten zurück. Der Anteil von Frauen in Spitzenpositionen insgesamt ist im vergangenen Jahr von 7,5 auf 5,5 Prozent sogar zurückgegangen.

Aus Sicht des Deutschen Juristinnenbunds (djB) kann nur ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft dem Anspruch der Frauen auf Gleichberechtigung Dynamik verleihen. Die Familienpolitik sei zwar eine notwendige Ergänzung, diese könne eine aktive Frauenförderung in Unternehmen aber nicht ersetzen, stellte djB-Präsidentin Jutta Wagner klar.

Forderung nach handfesten Indikatoren

Die Frauen in den Gewerkschaften vermissen in der Bilanz handfeste Indikatoren, mit denen sich die Umsetzung der Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Wirtschaft messen lässt. Projekte, Netzwerke und gute Praxisbeispiele könnten eine solide Bilanzierung nicht ersetzen, lautet ihre Kritik.

Die Gewerkschaftsfrauen wollen vielmehr wissen, was

- die Unternehmen konkret tun, um den Frauenanteil in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, zu erhöhen,
- im jeweiligen Berichtszeitraum von den Unternehmen getan wurde, um den Frauenanteil in Führungsfunktionen kontinuierlich zu steigern,
- von den Unternehmen in Richtung Entgeltgleichheit unternommen wird (dazu gehört, dass die Entgeltstrukturen nach Geschlecht gegliedert offen gelegt werden),
- die Unternehmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie konkret tun, und vor allem
- wie viele Unternehmen sich mit welchen Maßnahmen an der Umsetzung der Vereinbarung beteiligen.

„Maßnahmen und deren Wirkungen sind so auszuwerten, dass feststellbar ist, wo Hochglanzbroschüren praktische Fortschritte ersetzen sollen und wo wirkliche Anstrengungen unternommen werden“, untermauerte Ute Brutzki, Referentin für Frauenpolitik und Chancengleichheit bei ver.di die Forderungen.

Dokumentation der Dritten Bilanz in Auszügen auf Seite 4 und 5

Dritte Bilanz – Chance erneut verpasst!

Fast unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit an einem Freitagnachmittag – alle Welt war entweder mit dem Votum der Iren zum EU-Verfassungsvertrag oder mit der wichtigsten Nebensache der Welt, dem Fußball, beschäftigt, erschien in Berlin die dritte Bilanz zur Chancengleichheit. Nicht, dass sie etwas Überraschendes oder Weltbewegendes zum Inhalt hätte. Vielmehr werden auf mehr als 80 Seiten die vermeintlichen Fortschritte in Sachen Chancengleichheit in der Privatwirtschaft bilanziert. Und wie sollte es anders sein: Deutschland befindet sich im europäischen Vergleich fast überall auf den hinteren Plätzen oder maximal im Mittelfeld – je nach Thema. Damit geben sich die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und die Bundesregierung aber sehr zufrieden. So heißt denn auch das zugegebenermaßen erwartete Ergebnis: Die Bundesregierung und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft

sind sich einig, dass die positiven Ergebnisse der dritten Bilanz deutlich machen, dass es auch weiterhin keiner gesetzlichen Regelungen zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Erwerbsleben bedarf. Die Strategie der freiwilligen Vereinbarung ist ein Erfolg.

Für eine Bilanz, die anstelle eines Gesetzes wirken sollte, fehlt es wie bereits bei den ersten beiden Ausgaben an nachvollziehbaren Indikatoren. Auf den fast 80 Seiten werden viele Nebelkerzen gezündet und dem Thema Entgeltgleichheit, einem der wichtigsten Indikatoren in Sachen Gleichbehandlung, werden gerade mal rund 60 Zeilen gewidmet – ohne eine einzige konkrete Maßnahme zu benennen. So sieht Chancengleichheit im Jahr 2008 aus!

Olaf die Mann ist Leiter des Bereichs Gleichstellung und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand.



3. Bilanz zur Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft – Europa im Blick, 2008

Dokumentation der zentralen Ergebnisse in Auszügen

I. Ausbildung, Studium und Weiterbildung

Bildungsabschlüsse

- Der Frauenanteil an den Abiturienten in Deutschland lag 2005 bei 57 %, dagegen betrug der Anteil der Frauen an Absolventen der allgemeinbildenden Schulen ohne Hochschulabschluss nur 36 %.
- 2006 lag der Frauenanteil bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen bei knapp 42 %.
- 2005 waren 49 % der Studienanfänger und 50 % aller Absolventen Frauen. Der Frauenanteil an den Absolventen ist in den letzten zehn Jahren um 9 Prozentpunkte gestiegen.
- 40 % der Dokortitel und 23 % der Habilitationen wurden 2005 von Frauen erworben. 2000 waren es erst 34 % bei den Promotionen bzw. 18 % bei den Habilitationen.
- Knapp 15 % der Professuren waren von Frauen besetzt, in den letzten zehn Jahren gab es hier eine Verdoppelung des Anteils.

Berufswahlspektrum:

- Der Anteil der weiblichen Auszubildenden in den männlich dominierten Berufen ist in den neuen Ländern und Berlin mit 19 % in 2005 noch vergleichsweise hoch, allerdings gegenüber 1991 (28 %) deutlich zurückgegangen. In den alten Ländern liegt er bei knapp 10 %.
- 2006 gingen Meisterbriefe zu knapp einem Fünftel in Frauenhände.
- In den Fächern Informatik, Maschinenbau und Elektrotechnik liegt der Anteil der Studentinnen bei unter 20 %.
- Bei Mathematik und Naturwissenschaften liegt der Anteil der Studienanfängerinnen inzwischen bei knapp 40 %.
- Im Studienfach Betriebswirtschaft liegt der Frauenanteil bei 47 %, im Fach Wirtschaftswissenschaft waren 42 % Frauen.

Weiterbildung

- Die Teilnahmequote der Frauen lag bei der betrieblichen Weiterbildung 2005 bei 35 %, die der Männer bei 41 %.
- Durchschnittlich lag die Stundenzahl bei 30 Teilnahme-stunden pro Jahr. Frauen absolvierten durchschnittlich 28 Stunden pro Jahr an betrieblicher Weiterbildung.

- Die Weiterbildung im Dienstleistungsgewerbe ist eine Frauendomäne. Die Teilnahmequote der Frauen liegt bei 41 %, niedriger ist sie dagegen im Handel (27 %).

II. Erwerbstätigkeit und Karriereförderung im Unternehmen

Frauen erwerbstätigkeit

- 2006 betrug die Erwerbstätigenquote der Frauen 72,8 % (2001: 72,8 %).
- Im Jahresdurchschnitt 2006 waren Frauen im gesamten Bundesgebiet mit einer Arbeitslosenquote von 11 % stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer mit 10,5 %.
- Frauen beginnen seltener als Männer eine betriebliche Ausbildung – sie stellen aber fast die Hälfte der Absolventen.
- Von allen westdeutschen Absolventinnen werden 55 % im Ausbildungsbetrieb weiter beschäftigt. Die Übernahmequote der Männer beträgt 57 %. Auch in den neuen Bundesländern sind die Chancen, in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen zu werden auf Frauen (45 %) und Männer (46 %) etwa gleich verteilt.
- Rund 82 % aller Teilzeittätigen sind Frauen. Es gehen 46 % aller abhängig beschäftigten Frauen einer Teilzeittätigkeit nach (1991: 30 %). Bei den Männern beläuft sich die Teilzeitquote dagegen auf 8,8 % (gegenüber 2 % im Jahr 1991). Die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten insgesamt stieg seit 1991 von 14 % auf 26,2 % im Jahr 2006.

Frauen in Führungspositionen

- In den Aufsichtsräten der 200-größten Unternehmen in Deutschland sind Frauen nur zu 7,8 % vertreten.
- Anfang 2008 betrug der Anteil weiblicher Topmanager 5,5 %, während er Anfang 2007 noch bei 7,5 % gelegen hat.
- Die wöchentlichen Arbeitszeiten von abhängig beschäftigten Frauen in Führungspositionen liegen in der Privatwirtschaft im Mittel bei 39 Stunden, von Männern dagegen bei 43 Stunden.
- Nur etwa jede zehnte Führungskraft ist teilzeitbeschäftigt. Diese Beschäftigungsform wird vor allem von Frauen wahrgenommen: 4 % der Männer in höheren Positionen und 28 % der Frauen arbeiten verkürzt.

3. Bilanz zur Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft – Europa im Blick, 2008
Dokumentation der zentralen Ergebnisse in Auszügen (Fortsetzung)

- Teilzeiterwerbstätige Frauen in Führungspositionen sind im Durchschnitt 29 Stunden pro Woche erwerbstätig, teilzeiterwerbstätige Männer hingegen nur 23 Stunden.
- Vor allem Frauen sind in Führungspositionen seltener verheiratet als Männer (52 bzw. 70 %) und leben auch seltener in einem Haushalt mit Kindern (28 bzw. 37 %).

Entgeltunterschiede

- In Deutschland hat sich das Lohngefälle im Jahr 2005 im Vergleich zu 2003 und 2004 (hier jeweils 23 %) um einen Prozentpunkt auf 22 % verringert.
- Vollzeitbeschäftigte Männer erzielen einen höheren Monatsverdienst, im Mittel 27 % mehr als Frauen.

III. Selbstständigkeit

- Etwa 30 % aller Selbstständigen sind Frauen.
- Trotz positiver Entwicklung ist der Anteil der Selbstständigen bei den erwerbstätigen Frauen (ca. 7 %) nur etwa halb so hoch wie der bei den Männern.
- Die Gründungsneigung von Akademikerinnen ist mit einer Selbstständigenquote von 16,3 % deutlich ausgeprägter als beim weiblichen Durchschnitt von ca. 7 %.

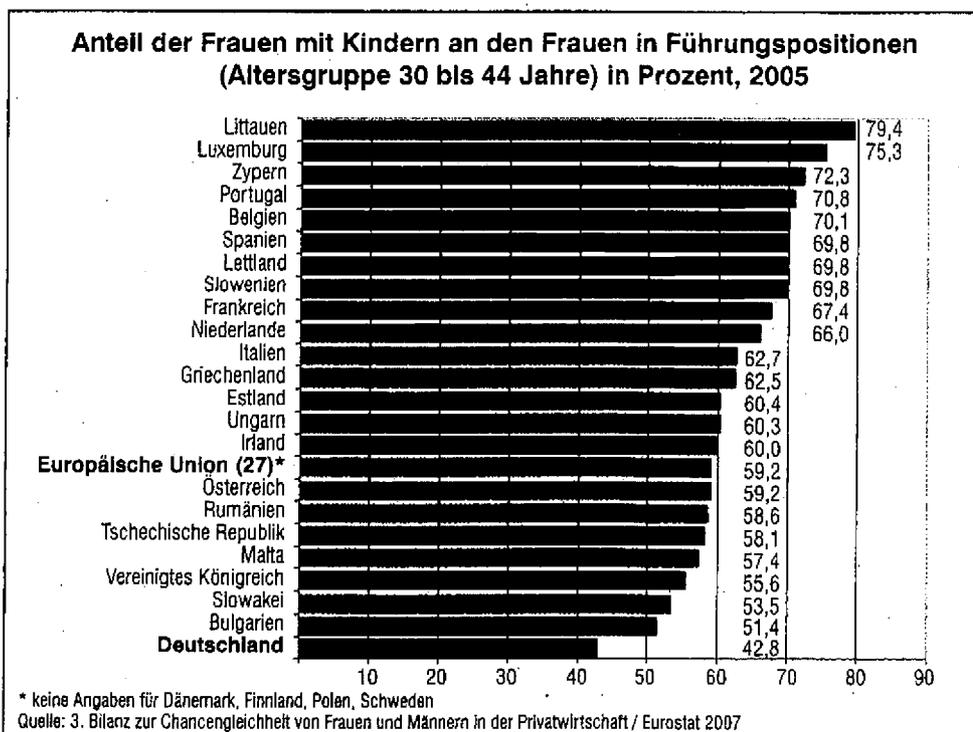
IV. Familienfreundliche Arbeitswelt

Beschäftigungsquoten von Eltern

- Die Teilzeitquote der Mütter lag im März 2005 mit 38 % zwölfmal so hoch wie die der Väter (3 %).
- Mit 43 % hat Deutschland europaweit den geringsten Anteil von Frauen mit Kindern in Führungspositionen.
- In Deutschland ist 2006 der Anteil der Akademiker im Alter von 25 bis 44 Jahren an den Vätern mit 27,6 % höher als der Europadurchschnitt (22,1 %), der Akademikeranteil der gleich alten Mütter mit 17,5 % jedoch niedriger (23,3 %).

Kinderbetreuung

- 9,9 % der westdeutschen Kinder im Alter bis unter 3 Jahren besuchen eine Tageseinrichtung oder sind in Kindertagespflege, während es in Ostdeutschland 41 % sind. In Westdeutschland gibt es deutlich weniger Plätze als von den Eltern gewünscht werden. Der Bundesdurchschnitt beträgt 15,5 %.
- Bei den Kindern im Alter zwischen drei und fünf Jahren ist zum Stichtag 15. März 2007 nach vorläufigen Ergebnissen bundesweit ein Anstieg der Betreuungsquote auf etwa 90 % festzustellen (2006: 87 %).



Nr. 256/2008

60-jähriges Jubiläum

CDU-Frauen wollen mehr Ämter

zwd Berlin (jvo). Zu ihrem 60. Jubiläum feierte die Frauen Union der CDU (FU) ihre Erfolge als „Seismograf, TrendsetterIn Pressure Group und Netzwerk“ für die Frauenbewegung. Die FU-Bundsvorsitzende Marla Böhmer stimmte die 300 CDU-Frauen und Ehrengäste am 6. Juli im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin auf den Bundestagswahlkampf 2009 ein.

„Wer Wahlen gewinnen wolle, müsse Frauen gewinnen“, sagte Böhmer mit Blick auf die anstehende Kandidatinnenaufstellung für den nächsten Bundestag und das Europäische Parlament. Dabei sei es eine besondere Verpflichtung der Frauen Union für die CDU und ihre KandidatInnen bei den Frauen zu punkten. Bis zum 70-jährigen Jubiläum im Jahr 2018 fordert sie ein Drittel CDU-Ministerpräsidentinnen, weibliche CDU-Vorsitzende in Bund und Ländern sowie Generalsekretärinnen. Diese Zielmarke gelte ebenso für die Vorstände von DAX-Unternehmen und Gewerkschaften, für die Posten von IntendantInnen und Chefredakteurinnen.

CDU-Generalsekretär Ronald Po-falla sagte seine Unterstützung zu. Er werde in der CDU dafür streiten,

dass zur Bundeswahl mehr Frauen als Direktkandidatinnen aufgestellt werden – „vor allem auch in guten Wahlkreisen und nicht nur dort, wo kein Mann kan-



CDU-Generalsekretär Ronald Po-falla verabschiedet die FU-Vorsitzende Marla Böhmer, für mehr Frauen im Amt zu streiten

didieren will“, hob er in seinem Grußwort hervor.

Der Frauenanteil an der CDU-Mitgliedschaft ist während der letzten 16

Jahre nahezu konstant bei 25 Prozent geblieben. Die absolute Zahl der weiblichen Mitglieder ging seit 1990 bis heute von knapp 210.000 auf 135.000 zurück und erreicht damit wieder den Stand von 1977.

1948 – Gründung der CDU/CSU-Frauenarbeitsgemeinschaft

Der erste Zusammenschluss der CDU-Frauenausschüsse auf Bundesebene fand am 1. Mai 1948 statt. An diesem Tag konstituierte sich im Hotel Monopol in Frankfurt die „Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands“. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wollten die Frauen in der CDU selbst für ihre Rechte und politischen Ziele eintreten und gleichzeitig einen Beitrag zur Lösung der großen Aufgaben leisten: zum Wiederaufbau Deutschlands und zur Festigung der Demokratie. Vorsitzende der neuen Organisation wurde Helene Weber, die schon damals eine angemessene Beteiligung der Frauen an Ämtern und Mandaten forderte: „Lassen Sie mich noch einmal sagen: Würdigt die Frauen! Stellt sie in die Verantwortung, damit sie der Partei auch nützen können.“

Niedriglohnsektor

Sackgasse für Frauen

zwd Berlin (jvo). Besonders Frauen laufen Gefahr, im Niedriglohnsektor zu verbleiben: Bei den Männern schafft rund jeder fünfte den Sprung über die Geringverdienstschwelle, bei den Frauen nur jede zehnte. Das geht aus der Studie „Niedriglohnbeschäftigung. Sackgasse oder Chance zum Aufstieg?“ hervor, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am 9. Juni veröffentlicht hat.

Nach Ergebnissen der Studie beeinflussen sowohl die Größe als auch die Beschäftigtenstruktur des Betriebes signifikant die Aufstiegschancen: So sei die Wahrscheinlichkeit, die Niedriglohnschwelle innerhalb von sechs Jahren hinter sich zu lassen, in einem Großbetrieb mit über 500 Mitarbeiterinnen mehr als doppelt so hoch wie in Kleinbetrieben mit 20 Beschäftigten. Auch ein Betriebswechsel führt der Studie zufolge oft zu einer Verbesserung: Bei jenen, die im Betrieb bleiben, schaffen nur etwa 16 Prozent den Aufstieg – bei den Betriebswechslerinnen fast die Hälfte.

Ein hoher Frauenanteil in der Belegschaft steht hingegen in einem negativen Zusammenhang mit Aufstiegsmöglichkeiten. Die AutorInnen erklären dieses Phänomen damit, dass eine hohe Anzahl von weiblichen Beschäftigten häufig Indiz für eine Niedrigkostenstrategie der Firma ist. Stereotypen über „Frauenberufe“ oder Diskriminierung bei der geschlechtsbasierten Zuweisung von Arbeitsplätzen spiegeln sich darin wider. Bessere Aufstiegschancen haben Frauen in

Betrieben mit einem großen Beschäftigungsanteil von Hochqualifizierten.

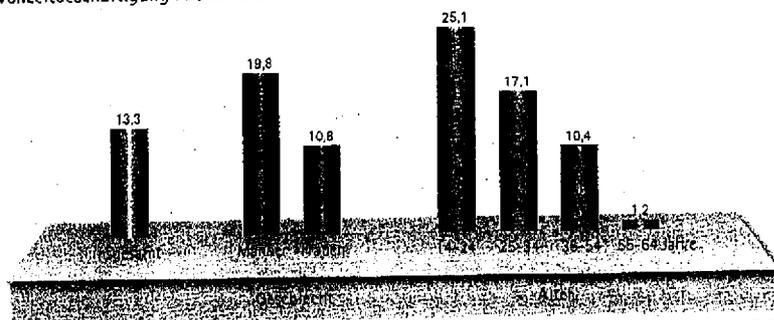
Die Tatsache, dass Erwerbsunterbrechungen bei Frauen deutlich häufiger zu finden sind als bei Männern, wirkt sich nach Einschätzung der AutorInnen in zweierlei Weise negativ auf ihre Aufstiegsmöglichkeiten aus: direkt über Humankapitalverluste und indirekt über „statistische Diskriminierung“ durch Arbeitgeber, die sich im Fall einer Stellenbesetzung sicherheitshalber für einen Mann entscheiden.

Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Mittlerweile gehören mehr als 15 Prozent der Vollzeitbeschäftigte zu den Geringverdienenden. Frauen sind von niedrigen Löhnen überproportional betroffen. Laut Studie stellen sie nur gut 35 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, aber fast 60 Prozent der vollzeitbeschäftigten Geringverdienenden. Im Jahr 2005 lag die Niedriglohnschwelle bei 1.779 Euro im Westen und 1.323 Euro im Osten.

Die Studie zum Download auf www.frauen.zwd.info → Dokumente

Aufstiegschancen von Geringverdienern nach persönlichen Merkmalen

Mehrfachjährige Geringverdiener von 1998/99, die im Jahr 2005 eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung mit höherem Lohn hatten – Anteile in Prozent



Quelle: IAB-Kurzbericht 8/2008

LA Gazette 3/2008

Auf der Basis von Daten des Frauenlohnspiegels (www.frauenlohnspiegel.de) betragen die Lohn- und Gehaltsdifferenzen zwischen den Geschlechtern in Deutschland im Durchschnitt der wichtigsten Berufe rd. ein Viertel. Auffällig sind dabei große branchenspezifische Unterschiede. In Euro wurden folgende durchschnittliche Bruttomonatseinkommen (ohne Zulagen und Sonderzahlungen) ermittelt:

	Männer	Frauen	Differenz
Chemiker/in	4.630	4.210	- 420
Elektroingenieur/in	4.377	4.112	- 265
Maschinenbauingenieur/in	4.329	3.557	- 772
Dipl. Kaufmann/frau, Dipl. Betriebswirt/in	4.231	3.351	- 880
Informatiker/in	3.971	3.590	- 381
Bankkaufmann/frau	3.682	2.967	- 715
Versicherungskaufmann/frau	3.545	2.593	- 952
Programmierer/in	3.204	2.948	- 256
Chemielaborant/in	3.157	2.617	- 540
Industriekaufmann/frau	3.055	2.418	- 637
Personalsachbearbeiter/in	2.879	2.695	- 184
Großhandelskaufmann/frau	2.692	2.188	- 504
Krankenpfleger/schwester	2.543	2.254	- 289
Bürokaufmann/frau	2.442	2.021	- 421
Verkäufer/in	2.051	1.656	- 395
Koch/Köchin	1.863	1.505	- 358
Kellner/in Servierer/in	1.626	1.453	- 173

Christoph B. Schiltz

In Deutschland verdienen Frauen viel weniger

Beim Gehaltsvergleich zeigt sich: Im Schnitt verdienen Frauen 22 Prozent weniger als die Männer. Damit gehört Deutschland laut der EU-Kommission zu den europaweit ungerechtesten Ländern. EU-Sozialkommissar Spidla fordert Arbeitgeber auf, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu verwirklichen.

Nach Angaben der EU-Kommission werden Frauen in Deutschland weiterhin deutlich schlechter bezahlt als Männer. "In Deutschland liegt der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen um rund 22 Prozent unter dem der Männer. Damit gehört Deutschland zu den Staaten mit der größten Ungleichheit bei der Bezahlung von Männern und Frauen", sagte EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla zu WELT ONLINE.

Nur in Estland, Zypern und in der Slowakei seien die Unterschiede noch größer oder ebenso groß. "Dabei geht es jedoch nicht um unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit", erläuterte der EU-Kommissar. Ein wichtiger Grund für das große Lohngefälle in Deutschland sei vielmehr, dass viele Frauen Teilzeit arbeiteten. Spidla: "Das Gefälle ist allerdings auch deshalb so groß, weil die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt vergleichsweise höher ist als

LA Gazette 3/2008

zum Beispiel in Malta. Je geringer die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt ist, desto niedriger ist im Allgemeinen auch das Lohngefälle."

Laut Spidla verdienen Frauen in der EU im Durchschnitt 15 Prozent weniger als Männer. Dieser Wert sei seit 1995 relativ stabil. Auch die Zahl der Frauen in Führungspositionen stagniere bei 33 Prozent. "Obwohl die Frauen in der EU besser ausgebildet sind als Männer, sind sie schlechter bezahlt, ihre beruflichen Karrieren sind kürzer und verlaufen langsamer", kritisierte der ehemalige tschechische Ministerpräsident. Dadurch ginge wertvolle Produktivität verloren. Spidla verlangte eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Frauen in Führungspositionen. "Gleichzeitig fordere ich die Arbeitgeber auf, das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch wirklich anzuwenden. Den Arbeitgebern fällt bei der Bekämpfung von ungerechtfertigten Lohnunterschieden in der EU eine Schlüsselrolle zu. Es ist wichtig, dass sie die einschlägigen Rechtsvorschriften auch einhalten." Dies sei nicht nur eine ethische Frage. Eine faire Bezahlung würde auch die Motivation der Mitarbeiter verbessern und damit zu Produktivitätssteigerungen führen. Laut EU-Kommission ist die Beschäftigung von Frauen in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen – im Zeitraum zwischen 2000 und 2006 allein um 7,5 Millionen (Männer: 4,5 Millionen). Jede dritte Frau arbeite allerdings nur in Teilzeit (Männer: acht Prozent). Spidla: "Natürlich kann Teilzeitarbeit auch aus persönlichen Vorlieben resultieren.

Der eigentliche Grund für Teilzeitarbeit vieler Frauen besteht jedoch darin, dass sie über weniger Zeit als Männer verfügen, weil sie sich um die Betreuung von Kindern oder Angehörigen kümmern müssen." Die Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern liege in der EU bei nur 62 Prozent (Männer: 91 Prozent). "Elternschaft senkt die Erwerbsquote von Frauen dauerhaft, die von Männern dagegen überhaupt nicht - das ist nicht länger akzeptabel", sagte der EU-Kommissar. (Die Welt online, 09.06.08)

LAGazette 3/2008

EU-Kommission mit „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2008“

Die EU-Kommission hat ihren „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2008“ vorgelegt. Aus dem Sachstandsbericht wird u. a. die Notwendigkeit folgender Maßnahmen abgeleitet:

- Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für eine gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und Männern; quantitative und qualitative Verbesserung der Beschäftigung von Frauen im neuen Zyklus der Europäischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung;
- Qualitativ hochwertige Dienstleistungen für bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben; Weiterentwicklung von Angebot und Qualität der Dienste, die Männern und Frauen die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ermöglichen;
- Bekämpfung von Stereotypen und Unterstützung individueller Entscheidungen; Bekämpfung von Stereotypen in der Bildung, der Beschäftigung und den Medien sowie Hervorhebung der Rolle der Männer bei der Förderung der Gleichstellung;
- Institutionelle Mechanismen zur Unterstützung politischer Initiativen und zur Umsetzung der Gesetzgebung; Einbeziehung der Geschlechteraspekte in alle Dimensionen der Arbeitsplatzqualität; Entwicklung von Instrumenten zur Folgenabschätzung von Maßnahmen unter dem Geschlechteraspekt.

(fpd 14.05.08)

Gegen eine öffentliche Förderung gewinnorientierter Kleinkinderbetreuung

Die im Regierungsentwurf für das Kinderförderungsgesetz vorgesehene staatliche Förderung auch gewinnorientierter Kinderbetreuungsangebote verstärke „eine Retraditionalisierung im Geschlechterverhältnis vor allem für weniger wohlhabende Eltern“. ZU diesem Ergebnis kommt eine Analyse von Barbara Stiegler, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel „Das Kind am Markt - Die öffentliche Förderung gewinnorientierter Kleinkinderbetreuung unter der Geschlechterperspektive“ publiziert wurde. Es heißt darin: „Erfahrungen zeigen, dass sich gewinnorientierte Anbieter dort ansiedeln, wo zahlungskräftige Eltern wohnen, an ‚Brennpunktbzirken‘ haben sie kein Interesse. Das heißt, die Förderung gewinnorientierter Anbieter garantiert keine flächendeckende Versorgung. Dies bleibt den gemeinnützigen Trägern vorbehalten, für die jedoch umso weniger Mittel zur Verfügung stehen, je mehr gewinnorientierte Anbieter gefördert werden.“ Zusammenfassend: „Frühkindliche Bildung für alle Kinder ist ein politischer Auftrag, den die Gesellschaft ernst nehmen und entsprechend finanzieren muss. Das Vorherrschen reiner Marktmechanismen schließt die Kinder finanzschwächerer Eltern aus und verstärkt die Retraditionalisierung im Geschlechterverhältnis.“ (fpd 14.05.08)

Förderprogramm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ mit EU-Geldern

Betriebe können EU-Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für die Schaffung oder den Ausbau betriebsübergreifender Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen. Das Förderprogramm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ zielt darauf hin, kleine und mittlere Betriebe bis zu 1.000 Beschäftigten für ein stärkeres Engagement in der Kinderbetreuung und damit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewinnen. Damit soll dem Mangel an flexiblen Betreuungseinrichtungen begegnet werden, der sich insbesondere für Frauen als „Eingliederungshindernis in den Arbeitsmarkt“ erwiesen habe. Im Rahmen des Programms werden Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in neuen Einrichtungen oder neu einzurichtenden Gruppen mit einem Betriebskostenzuschuss für bis zu 2 Jahre gefördert. Pro Platz und Jahr werden maximal 6.000 € zur Verfügung gestellt. Die Laufzeit des Förderprogramms ist von Februar 2008 bis Ende 2011 festgelegt. Die Zuständigkeit liegt bei der Servicestelle Betriebliche Kinderbetreuung (Berlin).

(fpd 23.05.08)

♀

LA Gazette 3/2008

„Kinder und Karriere: die neuen Paare“ -
Aktuelle Studie zur Vereinbarkeit

Eine aktuelle Studie der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) unter dem Titel „Kinder und Karrieren: die neuen Paare“ hat untersucht, „wie moderne Doppelkarrierepaare Verantwortung im Beruf und Familienleben in Einklang miteinander bringen können“. Die nach Mitteilung des Bundesfamilienministeriums „bislang umfangreichste Studie dieser Art in Deutschland“ hat insbesondere untersucht, „welche Rahmenbedingungen Politik und Wirtschaft schaffen müssen, damit es in Zukunft mehr Paaren gelingt, ihren Wunsch nach Kindern und beruflichem Erfolg umzusetzen“. Die Gesamtbilanz der Studie stellt fest: „Junge Mütter und Väter können die Herausforderung moderner Lebens- und Erwerbsverhältnisse nur im partnerschaftlichen Miteinander und mit Hilfe unterstützender Infrastruktur wie Betreuungs- und Dienstleistungsangeboten schultern.“ Die „zentralen Ergebnisse“ der Studie lauten:

- Doppelkarrierepaare mit Kindern sind Multiplikatoren für eine familienfreundliche Unternehmenskultur. 75 % der weiblichen und 79 % der männlichen Führungskräfte sagen, dass ihr Verständnis für Kolleginnen und Kollegen mit Familie gewachsen ist.

- Zwei Drittel der 1.200 befragten Frauen und Männer, die in Paaren mit Kindern leben und bei denen beide Partner eine Fach- oder Führungsposition ausüben oder anstreben, setzen sich aktiv für Familienfreundlichkeit und Chancengleichheit in ihrem Arbeitsumfeld ein.

- Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gelungene Vereinbarkeit sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen. 98 % der Befragten sind der Ansicht, dass Unternehmen sie vor allem durch flexible Handhabung von Lage, Dauer und Verteilung der Arbeitszeit unterstützen sollten.

- Eine ausgewogene Aufteilung familienbezogener Tätigkeiten führt zu mehr Zufriedenheit. 76 % der Befragten streben eine „gleiche Rollenverteilung“ unter den Partnern an und haben sich deshalb für das „Lebensmodell „Doppelkarrierepaar“ entschieden.

- Die Organisation der Kinderbetreuung und das Zeitmanagement im Haushalt werden als größte Herausforderung gesehen. Auch wenn die Paare mit ihrem Lebensmodell, der Entwicklung ihrer Kinder und ihrer beruflichen Entwicklung sehr zufrieden sind, ist die Hälfte der Mütter (56 %) und Väter (47 %) mit der eigenen Work-Life-Balance unzufrieden und wünscht sich mehr Zeit für die Familie.

(fpd 20.06.08)

LA Gazette 3/2008
Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der
Jugendgesundheit

Neuere „Statistische Erkenntnisse über Erkrankungen an Jungen und Mädchen“ hat das Statistische Bundesamt in einem „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ betitelten Papier zusammengefasst. Die wesentlichen „geschlechtsspezifischen Unterschiede“ sind demnach:

- Bei Mädchen von 9 - 12 sowie von 15- 18 Jahren waren Mandel- und Blinddarmoperationen die häufigsten Krankenhaus-Diagnosen.
- Jungen im Alter von 9 - 18 Jahren hatten im Krankenhaus am häufigsten innere Verletzungen oder Verhaltensstörungen durch Alkohol.
- Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil (51 %) sind Jungen im Straßenverkehr mit 58 % erheblich stärker gefährdet als Mädchen.
- Zum Rauchen bekannten sich 17,2 % der Jugendlichen von 15 - 18 Jahren, nämlich 18,2 % der Jungen und 16,1 % der Mädchen.
- Von den Jungen rauchten 17,9 % weniger als 5 Zigaretten täglich und 79,4 % zwischen 5 und 20 Zigaretten pro Tag. Die Vergleichswerte für die weiblichen Jugendlichen betragen 22,2 % bzw. 74,7 %. (fpd 14.05.08)